

Der politische Aschermittwoch bei den CSU- Senioren

Nicht nur in Passau hat der politische Aschermittwoch für die CSU Tradition. Auch im Berchtesgadener Land bemüht sich der Vorstand der CSU- Senioren- Union jedes Jahr um zugkräftige Referenten. Weil im Juni dieses Jahres die Europawahl ansteht, suchte der Kreisvorsitzende nach einem kompetenten Gastredner. Durch Vermittlung von Frau Staatsministerin Kaniber konnte er schließlich das ehemaligen Mitglied des Europäischen Parlamentes für Bayern, Dr. h.c. Bernd Posselt, für diese Aufgabe gewinnen. Weil auch Frau Ministerin Kaniber ihr Kommen zugesagt hatte, war es nicht verwunderlich, dass die Gaststube beim Altwirt in Piding voll besetzt war, wie der Kreisvorsitzende Heinz Dippel bei seiner Begrüßung begeistert feststellte.



Dann analysierte Dippel die Bundespolitik im abgelaufenen Jahr. Nicht polemisch oder in Bierzeltmanier, sondern sachlich zeigte er die Schwächen der Regierung auf. Er wies auf die zögerliche Haltung und Zerwürfnisse der Regierungsparteien nach oftmals fragwürdigen Entscheidungen hin, die dann folgerichtig wieder zurückgenommen werden mussten und nannte Beispiele aus der Energiewende, aus der Verteilung von Förderungen und Subventionen und aus der Aufstockung von Sozialleistungen. Als jüngsten Denkfehler nannte er die vorgesehenen Regelungen zur Fahrtauglichkeitsprüfung für Senioren schon ab 60 Jahren, die auch von der EU verschärft ins Auge gefasst werden. Er monierte, dass hierbei das Alter diskriminiert würde und plädierte für eine Tauglichkeitsprüfung bei

wiederholter Auffälligkeit im Straßenverkehr unabhängig vom Alter.

Eine weitere für ihn nur schwer nachvollziehbare Entwicklung waren die seit Monaten massiven Lohnforderungen einiger Gewerkschaften, die das Land durch Streiks gezielt tagelang lähmten. Die Ursache dafür sah er in einer deutlichen Inflation als Folge der verfehlten Energiepolitik, aber auch in der Profilierungssucht mancher Gewerkschaftsfunktionäre. Einer angedachten 32- Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich erteilte er eine klare Absage, da sie den angeschlagenen Wirtschaftsstandort Deutschland endgültig demontieren würde. Er schloss mit dem nicht ganz ernst gemeinten Kalauer: „Arbeiten ist die billigste Art zu leben. Alle anderen Beschäftigungen gehen unwahrscheinlich ins Geld“.

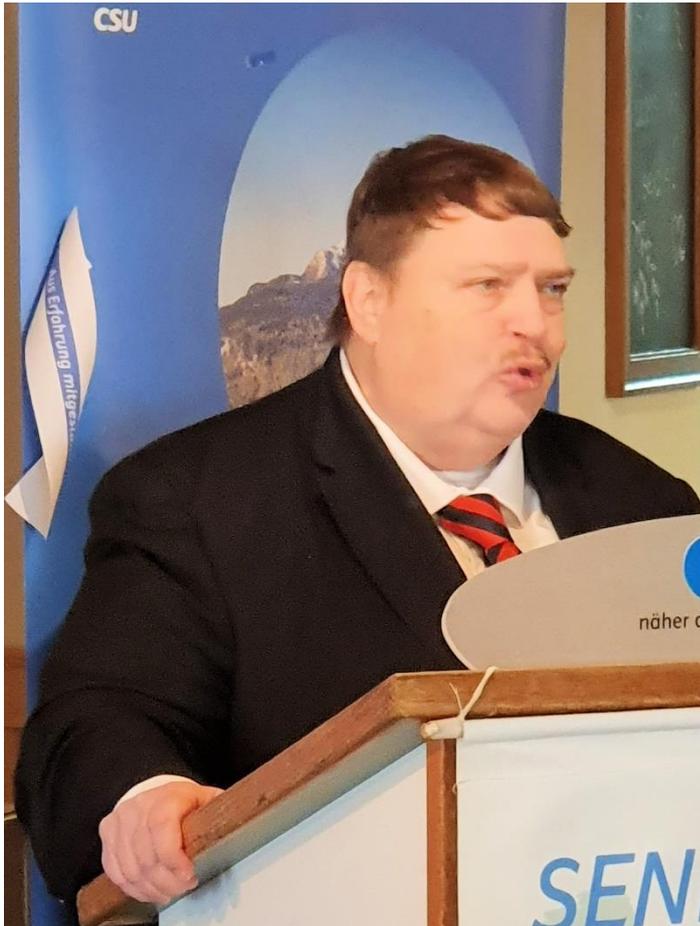
Nach dem traditionellen Fischessen trat Frau Staatsministerin Kaniber ans Rednerpult. Ihr Grußwort richtete sie zunächst an Heinz Dippel, dem sie für seine unermüdliche Arbeit in der „stärksten CSU- Arbeitsgruppe des Landkreises“ dankte. Dann spannte sie einen Bogen vom



historisch ersten „politischen Aschermittwoch“, einer Bauernkundgebung 1919 in Vilshofen, zu den Bauernprotesten 105 Jahre später. Sie geißelte die massiven Agrarkürzungen, die in einer Nacht- und Nebelaktion von der Ampelregierung ohne Rücksicht auf die Leistungen der Landwirte als Produzenten hochwertiger Lebensmittel, aber auch als Landschaftspfleger, beschlossen wurden. Auch andere Leistungsträger aus dem Mittelstand und dem Handwerk würden mit beständig zunehmenden Vorschriften gegängelt. Verdeckte Steuererhöhungen wie der Wegfall der niedrigeren Umsatzsteuer in der Gastronomie, die CO₂- Abgabe oder der „Tierwohl- Cent“ würden zwangsläufig zu Wettbewerbsverzerrungen oder schlimmstenfalls zur Aufgabe mancher Betriebe führen. Auch zum aktuell emotional hochkochenden Thema „Fremdenfeindlichkeit und Extremismus als Alternative“ hatte sie eine fundierte Meinung. Das Berchtesgadener Land

als Grenzregion zu Österreich ist bereits im internationalen Verbund „Euregio“ in dem länderübergreifende Projekte durchgeführt werden. Deutschland selbst, im Zentrum Europas, profitiert enorm vom grenzenlosen Europa und als größte Exportnation Europas kann es sich eine nationale Abschottung überhaupt nicht leisten. Ein Austritt aus der EU, gar verbunden mit einem Austritt aus dem Euro- Währungsverbund, wie er von manchen Zeitgenossen geträumt wird, wäre ein irreparabler, katastrophaler Fehler. Mit diesem Thema eng verknüpft ist die Migrationspolitik, für die Kaniber eine echte Wende mit klaren Integrationsgrenzen, einem geänderten Asylrecht und einem wirksamen Grenzschutz einfordert. Aber auch das Europaparlament habe sich darauf verständigt, das Asylsystem in der EU grundlegend zu reformieren um die massenhafte illegale Migration einzudämmen. Damit wandte sie sich an Bernd Posselt und nahm Bezug auf dessen Beitrag in der Zeitschrift „Paneuropa intern“ mit dem Titel „Die Lunte brennt“, worin geschildert wird, welche Gefahr in diesem Programmpunkt der AfD steckt. Damit beendete die sympathische, authentische Ministerin ihr Referat unter einem kräftigen Beifall der Zuhörer.

Mit Spannung wurde nun die Rede von Dr. h.c. Bernd Posselt, seit 1998 Präsident der Paneuropa-Union Deutschlands und ehemaliger bayrischer Europaabgeordneter, erwartet.



Es wurde ein Referat über die zwingende Notwendigkeit und die Entwicklung der EU im Spannungsfeld der Weltgeschichte. Posselt begann mit einer Denkschrift von F. J. Strauß, Verteidigungsminister in den 50-er Jahren, mit dem Titel „Deutschland kann nicht länger warten“. Tenor darin war die Vision einer „Europäischen Verteidigungsunion“, wobei Strauß auch an eine atomare Verteidigung dachte: Gedanken, die jetzt wieder aufgegriffen werden.

Aber auch jenseits militärischer Überlegungen war natürlich ein Europa mit offenen Binnengrenzen eine verlockende Option und Posselt erzählte schmunzelnd, wie er mit seinem Chef, Otto von Habsburg, bei einem Stau auf der Autobahn am Walserberg 1993 eine Demonstration

für den Beitritt Österreichs zur EU durchführte. 1995 erfolgte der Beitritt.

Still wurde es, als Posselt die letzte Rede des sterbenskranken französischen Staatspräsidenten Mitterand vor dem europäischen Parlament zitierte: „Nationalisme, c’est la guerre“ (Nationalismus bedeutet Krieg). Sicher überspitzt formuliert, aber fast alle kriegerischen Auseinandersetzungen der Neuzeit sind in nationalen Abspaltungstendenzen begründet, die sich zum Chauvinismus aufschaukeln. Originalzitat Posselt: „Krieg ist der Normalzustand in der Geschichte und Frieden ist der Ausnahmezustand. Daher müssen Frieden und Freiheit in jeder Generation kämpferisch erneuert werden.“

Breiten Raum nahm Posselts Analyse der Ursachen des Angriffskrieges Putins auf die Ukraine ein. Putin habe den Zusammenbruch der Sowjetunion nie verwunden und strebe eine Wiedergeburt der alten Großmacht an. Dazu solle und müsse die Europäische Union zerschlagen werden. Um den Niedergang der EU zu erreichen, war die Versorgung und Köderung mit billiger fossiler Energie das Mittel um eine daraus resultierende Abhängigkeit zu erreichen.

Schließlich skizzierte Posselt die Zukunft der EU: Wir brauchen eine starke, schlagkräftige Verteidigung ohne in Militarismus zu erstarren, aber ebenso eine echte, funktionierende Friedenspolitik mit einer „präventiven Diplomatie“, die potentielle Kriege schon im Vorfeld verhindert. Eine Gefahr sieht Posselt in Frankreich aufziehen, wenn Macron seine zweite Amtszeit beendet. Dann könnte eine Nationalistin Marine Le Pen Staatspräsidentin werden und sowohl der EU als auch der NATO den Rücken kehren. Eine weitere Gefahr droht, wenn die USA ihr europäisches Engagement beenden würden, was unter einer neuen US-



Administration durchaus denkbar ist. Europa muss um Deutschlands Willen ein autarkes, unabhängiges Erfolgsmodell werden, mit Solidarität aber auch Subsidiarität (maximale nationale Eigenverantwortung vor Regelung aus Brüssel). Und Europa muss sich auf seine eigenen Wurzeln besinnen, die in der griechischen Philosophie, dem römischen Recht und dem christlichen Glauben begründet sind.

Mit diesem Ausblick beendete Posselt seinen frei und in spannendem Plauderton gehaltenen Vortrag und Heinz Dippel bedankte sich mit einem kleinen Gastgeschenk. Wenn auch einiges in den Ausführungen als Spekulation bezeichnet werden muss, Gesprächsstoff gab es im Anschluss genügend. Und das ist gut so.





